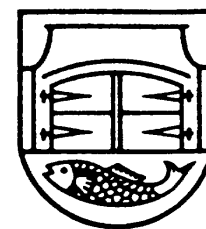


Gemeinde Jade

Der Bürgermeister



Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt
Wahlperiode: 2016 – 2021 **Sitzung Nr.:** 35
Sitzungstermin: 11.03.2021
Sitzungsort: Große Sporthalle Jaderberg, Jader Straße 16 A, 26349 Jade
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:17 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitz:
Ulrich M. van Triel

Ausschussmitglieder:

Michael Rettberg
Finn Hanke
Jörg Schröder

Verwaltung:

BM Kaars
FBL Jana Suhr (zugleich als Protokollführerin)

Gäste:

Herr Laut, Herr Möhlmann und Herr de
Bur (Nds. Landesbehörde f. Straßenbau
und Verkehr)
Herr Hippenstiehl und Herr Evers
(Bauwerk 21)
Helmut Höpken
Tanja Schumacher

13 Zuschauer

Presse:

Herr Tietz (Friesländer Bote)

Nicht anwesend:

Knut Brammer

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende (AV) van Triel eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt vom 21.01.2021

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt vom 21.01.2021 wird einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen seitens der Einwohner gestellt.

4. Bericht der Verwaltung

BM Kaars teilt mit, dass die CDU-Fraktion entschuldigt und aus gesundheitlichen Gründen nicht vertreten ist.

BM Kaars berichtet weiter:

- Mit dem Endausbau der Städt-Flächen ist begonnen worden und es haben bereits zwei Baubesprechungen stattgefunden
- Die Mitarbeiter des Rathauses sind in den Teilersatzneubau umgezogen und der alte Teil des Rathauses ist abgerissen worden
- Die Mitarbeiter des Bauhofes haben mit den Pflasterarbeiten begonnen, sodass wieder ein barrierefreier Zugang zum Rathaus ermöglicht wird
- Die Impfkation in der Großen Sporthalle Jaderberg am 06. Und 07. März 2021 ist trotz großer Herausforderung erfolgreich und zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger verlaufen
- Insgesamt haben sieben Kommunen der Wesermarsch eine dezentrale Impfung angeboten und wollen dies auch weiterführen, das Ausmaß ist jedoch noch unklar

5. Vorstellung der Ideen zur verkehrlichen Planung im Kreuzungsbereich Vareler Straße / Tiergartenstraße durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

BM Kaars begrüßt alle Gäste und Zuschauer und erklärt, es habe bezüglich des allen bekannten Kreuzungsbereiches bereits viele Beratungen und Diskussionen über die Gestaltung des Knotenpunktes gegeben. Die Sperrung der B 437 im letzten Jahr belastete die Kreuzung noch zusätzlich. Die Verwaltung hat deshalb Kontakt mit dem Vorhabenträger, der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, aufgenommen. Herr de Bur begrüßt alle Anwesenden und stellt sich und seine Kollegen von der Straßenbaubehörde vor.

Im Anschluss daran beginnt Herr Laut mit der Vorstellung der Präsentation (**Anlage 1**).

Die bisherige Verkehrssituation im Kreuzungsbereich ist aus Sicht der Verkehrsqualität mit der Note D zu bewerten. Das bedeutet, die Verkehrsgestaltung ist momentan immer noch als funktionstüchtig zu bezeichnen.

Auf Nachfrage von Herrn Rettberg, ob die Zahlen zur Belastung während der Hauptverkehrszeit Echt Daten aus dem Jahr 2015 sind oder eine Prognose darstellen, erläutert Herr Laut, dass es sich bei den 1.096 Kfz pro Stunde um eine Prognose für das Jahr 2031 handelt.

Er betont weiter die besondere geometrische Konstellation des Knotenpunktes (keine 90° Winkel) und deren Problematik für die Linksabbieger sowie für den Schwerlastverkehr. Weitere Besonderheit des Knotenpunktes ist die unmittelbare Nähe zum Bahnübergang an der Raiffeisenstraße. Die Schrankenschließzeiten verursachen einen Rückstau, der sich auf die Kreuzung auswirkt. Herr Laut nennt zudem den Umleitungsverkehr im Falle einer Sperrung der A29 oder B 437 als besondere Belastung für den Knotenpunkt.

Herr Möhlmann erläutert den Zustand und die Technik der bisherigen Ampelanlage. Die Verwendung von Schleifen und einer Zwei-Phasen-Schaltung sei nach seiner Aussage heute nicht mehr zeitgemäß.

Herr Laut stellt die Variante einer Linksabbiegerspur, einer Geradeausfahrs pur sowie einer Rechtsabbiegerspur von Osten kommend vor. Er betont, dass durch die einseitige Veränderung allerdings nur die Hälfte der Problematik gelöst wäre. Außerdem besteht erhebliche Unfallgefahr durch die Verschiebung der Achse der Geradeausfahrs pur und es ist ein Eingriff in Privateigentum erforderlich, um diese Variante umsetzen zu können.

Herr Rettberg bittet darum, zu jeder Variation die geschätzten Kosten sowie die Kostenverteilung darzustellen. Herr Laut stellt klar, dass die Kosten für die Fahrbahnen und für reine Radwege grundsätzlich vom Straßenbaulastträger getragen werden. Da es sich im Kreuzungsbereich um eine Landesstraße und eine Kreisstraße handelt, wären die Kosten zwischen Land und Landkreis aufzuteilen. Die Gemeinde hat einen Teil der Kosten für die Nebenanlagen zu tragen, da es sich um einen kombinierten Rad- und Fußweg innerhalb einer geschlossenen Ortschaft handelt. Dieser Grundsatz zur Kostenverteilung gilt für jede der vorgestellten Varianten.

Herr Laut gibt bei einem Kreisverkehr zu Bedenken, dass dieser zwar verkehrlich die beste Lösung ist, die Umsetzung allerdings einen erheblichen Bauaufwand darstellt und ein erheblicher Eingriff in Privateigentum zu allen Seiten notwendig ist. Deshalb wäre zunächst ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Eine tatsächliche Umsetzung würde daher noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Für die Umsetzung der Variante der beidseitigen Linksabbiegerspur wäre ein Eingriff in Privateigentum auf der Südseite des Knotenpunktes erforderlich. Auch hier wäre eventuell vor der Umsetzung ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Herr Rettberg äußert seine Bedenken dahingehend, dass in diesem Fall durch die zusätzliche Linksabbiegerspur weniger Zeit für die Radfahrer und Fußgänger bliebe, um die Kreuzung zu überqueren. Er weist darauf hin, dass nicht nur der Kfz-Verkehr betrachtet werden sollte, sondern vor allem auch der Fußgänger- und Radfahrerverkehr sowie die Verkehrssicherungspflicht. Herr Möhlmann betont, dass es vorgeschriebene Räumzeiten gibt, die einzuhalten sind und die natürlich berücksichtigt werden.

Anschließend erläutert Herr Möhlmann den Austausch der veralteten Ampelanlage durch die neuste verfügbare und bezahlbare Ampeltechnik, welche mit Wärmebildsensoren und Detektionsfeldern arbeitet. Durch diese Technik können u.a. Linksabbieger erkannt und die Ampelschaltung flexibel an die Verkehrssituation angepasst werden. Die Stadt Oldenburg habe nach Aussage von Herrn Möhlmann bereits gute Erfahrungen mit dieser Technik gesammelt.

Frau Schumacher sagt, dass die Masten der alten Ampelanlage sehr ungünstig auf dem Fuß- und Radweg platziert sind und dadurch eine hohe Unfallgefahr in diesem Bereich gegeben ist. BM Kaars unterstützt die Aussage und stellt klar, dass im Zuge einer baulichen Maßnahme im Kreuzungsbereich unbedingt auch die Masten umgesetzt werden müssen. Herr de Bur weist auf den Platzmangel im Bereich des Knotenpunktes hin. Die Masten sollen dennoch so optimal wie möglich aufgestellt werden.

Herr Rettberg verweist auf die zu schmalen Radwege und schlägt vor, die Radfahrer auf der Straße fahren zu lassen und Halteblasen im Kreuzungsbereich einzusetzen.

Auf Nachfrage von Herrn van Triel, wie die Ampel eine gerechte Entscheidungsfindung bei Linksabbiegern von beiden Seiten hinbekäme erläutert Herr Möhlmann, es gäbe eine im Programm festgesetzte Priorisierung der Verkehrsäste. Zudem kann durch angebrachte Kameras auch die Länge der Warteschlangen erkannt werden.

Herr van Triel stellt die Möglichkeit einer Linksabbiegerspur nur aus Richtung Osten kommend zur Diskussion und fragt, ob dies möglich wäre. Herr de Bur sagt, dass eine einseitige Herstellung einer Linksabbiegerspur aufgrund der Achsenverschiebung nicht möglich ist.

Herr Höpken äußert Bedenken, ob die neue Ampelanlage die Verkehrssituation tatsächlich verbessert und funktioniert. Er stellt klar, dass eine weitere bauliche Maßnahme schwierig umsetzbar wäre, falls die neue Ampelanlage nicht zu der gewünschten Verbesserung führen sollte.

Herr Möhlmann sagt, ein Totalausfall wäre selten, da sich die Technik stetig weiterentwickelt hat. Die Kosten für eine neue Ampelanlage betragen ca. 100.000 Euro, eine Umsetzung wäre im Jahr 2022 möglich.

Frau Schumacher fragt, ob die neue Ampelanlage den Rückstau durch die Kreuzung von dem Rückstau unterscheiden kann, der durch den Bahnübergang entsteht.

Herr Laut antwortet, dass der Rückstau durch den Bahnübergang ein grundsätzliches Problem bei diesem Knotenpunkt ist, welches durch keine der vorgestellten Varianten gelöst werden kann.

Herr Hanke schließt sich Frau Schumacher an und betont, dass eine flexible Ampelschaltung hinfällig ist, wenn die Bahnschranken geschlossen sind und die Autos aufgrund des Rückstaus trotz Grünphase nicht fahren können.

Auf Nachfrage von Herrn van Triel, ob es aktuellere Zahlen als die aus dem Jahr 2015 gäbe, sagt Herr Möhlmann, dass eine Erhebung alle 5 Jahre stattfindet und die Zahlen aus 2020 aufgrund der Corona-Pandemie noch ausstehen.

Frau Schumacher verlässt den Sitzungsraum um 19:22 Uhr.

Herr Laut teilt mit, dass aus Sicht der Straßenbaubehörde die Erneuerung der Ampelanlage vorgeschlagen wird.

Herr van Triel bedankt sich für die Vorstellung und unterbricht die Sitzung, damit die Fragen der Einwohner beantwortet werden können.

Auf die Aussage eines Einwohners, es sei ihm nicht klar, warum die Schließzeiten der Bahnschranken am Bahnübergang Raiffeisenstraße so lang sind und die Bahnanlage nicht anders konzipiert werden könne, merkt Herr van Triel an, dass der richtige Ansprechpartner dafür die Deutsche Bahn und nicht die Straßenbaubehörde ist und man sich bei der Deutschen Bahn bereits informiert habe. Es gibt allerdings strenge Vorgaben zu Räumzeiten etc., die seitens der Deutschen Bahn eingehalten werden müssen, weshalb die Schrankenschließzeiten nicht verkürzt werden können.

Ein weiterer Einwohner fragt, ob die Mastenstandorte der Ampelanlagen festgelegt sind und verweist auf den Platzmangel sowie die gefährliche Situation für Schulkinder im Bereich des Knotenpunktes.

Herr Möhlmann sagt zu, dass die Standorte der Masten neu und optimiert ausgewählt werden.

Herr Tietz verlässt den Sitzungsraum um 19:35 Uhr.

Herr van Triel nimmt die Sitzung wieder auf.

Herr Laut sagt auf Nachfrage von Herrn van Triel, dass die Umsetzung ca. 4-8 Wochen dauern wird und die Straße voraussichtlich nicht aufgerissen werden muss.

Herr Laut, Herr Möhlmann und Herr de Bur verlassen den Sitzungsraum um 19:38 Uhr.

BM Kaars bittet die Zuhörer, die geltenden Abstandsregeln einzuhalten.

Beschluss:

-

6. Vorstellung und Erörterung des Planentwurfes zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 „Georgstraße“ sowie der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes „Georgstraße“

FBL Suhr sagt, es ist geplant im Bereich der Georgstraße weitere Wohnbauflächen in Zusammenarbeit mit einem Investor zu erschließen. Die frühzeitige Auslegung der notwendigen Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanänderung hat bereits im Jahr 2018 stattgefunden. Aufgrund eines Investorenwechsels hat sich das weitere Verfahren verzögert und soll nun weiter vorangetrieben werden. Als nächstes ist der Auslegungsbeschluss zu fassen. Zur Vorbereitung darauf wird Herr Hippenstiehl den Planentwurf noch einmal vorstellen.

Herr Hippenstiehl stellt den Planentwurf vor und erklärt, es haben sich im Vergleich zum vorherigen Entwurf nur geringfügige Änderungen ergeben. Zusätzlich sind nun zwei Mehrfamilienhäuser als Lärmschutzriegel zur Bahnstrecke geplant. Dafür wird teilweise auf die Ausgleichsfläche verzichtet. Die Verkehrsplanung bleibt wie im Vorentwurf bestehen.

Herr Rettberg verliest die in **Anlage 2** aufgelisteten Änderungsvorschläge zum Bebauungsplan Nr. 27 „Georgstraße“ und bittet um Beratung und Umsetzung.

Herr Hippenstiehl führt dazu aus, dass die Energiestandards klar geregelt und von jedem Hausbauer zu beachten sind. Zudem ist eine Kooperation mit der EWE geplant, um eine möglichst günstige Gesamtversorgung mit Strom und Wärme zu erreichen. Die Hausbauer seien laut Aussage von Herrn Hippenstiehl bereits von selbst darauf bedacht, möglichst energiesparend und umweltbewusst zu bauen, sodass auch eine zu hohe Versiegelung nicht zu befürchten wäre.

Herr Hanke meint, es lohnt sich, darüber nachzudenken, es sollte jedoch keinen Beschluss in einem Ausschuss dazu geben.

BM Kaars bestätigt, dass man sich intern über die in **Anlage 2** genannten Aspekte abstimmen wird.

Auf Nachfrage von BM Kaars erklärt Herr van Triel, es habe eine Telefonkonferenz mit Herrn Hippenstiehl und dem Erwerber der Flächen vor dem geplanten Wohngebiet gegeben, in der man sich Gedanken über die verkehrliche Planung gemacht hat. Auf Vorschlag eines Anwohners wurde die Möglichkeit diskutiert, eine Straße abzweigend vom

Anfang der Georgstraße entlang der Bahnlinie in das Wohngebiet zu führen. Diese Option wurde vom Eigentümer der Fläche abgelehnt. Zur Diskussion stünde laut Herrn van Triel nun die Idee, den alten Bahnweg am Schütte-Hof zu nutzen, statt eine neue Straße durch den Wald zu bauen, wie bisher geplant. Dazu wären allerdings Absprachen mit der Deutschen Bahn zu treffen, da diese Eigentümerin der Abzweigung ist.

BM Kaars stellt auf Nachfrage von Herrn Hippenstiehl klar, dass die Gremien sich bereits für eine Durchwegung entschieden haben. Er stellt einen Gesprächstermin für den 06. April in Aussicht, zu dem der die Anlieger einlädt.

Beschluss:

-

7. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin erkundigt sich nach einem Vorschlag von Seiten der Anlieger, der eingereicht, aber nie diskutiert wurde. Es geht dabei um die Möglichkeit der Erschließung des neuen Wohngebietes über eine Stichstraße. Sie macht deutlich, dass die Erschließung über eine Stichstraße von der Georgstraße aus diese nur noch mehr belasten würde. Sie stellt zudem in Frage, warum noch ein weiteres Wohngebiet wieder komplett über die Georgstraße erschlossen werden soll. Es ist eine schnelle Entlastung der Georgstraße erforderlich, nicht noch eine weitere Belastung.

BM Kaars sagt, man hätte sich Gedanken gemacht über die Erschließung durch eine Einbahnstraße von der Gewerbestraße abzweigend. Den Anschluss an die Vareler Straße sieht er als kompliziert an. Er verweist noch einmal auf den geplanten Gesprächstermin am 06. April.

Auf Anregung eines Einwohners bestätigt BM Kaars, bei der nächsten Sitzung in der Turnhalle in Jaderberg wieder eine Lautsprecheranlage zu nutzen.

Herr van Triel erkundigt sich bei FLB Suhr, ob inzwischen ein neues Förderfenster für die ZUG-Förderung eröffnet wurde. FBL Suhr verneint dies.

BM Kaars verweist bezüglich der Nachfrage von Herrn van Triel nach dem Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet „An der Bahn“ auf seine Äußerung dazu im Verwaltungsausschuss.

Der Ausschussvorsitzende van Triel schließt die Sitzung um 20:17 Uhr.

Protokollführung

Bürgermeister

Ausschussvorsitz

Tag der Protokollerstellung: 12.03.2021

Genehmigung der vorstehenden Niederschrift am: _____